Kurz gefasst

Ungleichheit und Umverteilung in Liechtenstein

Die Debatte um Chancen- und Verteilungsungleichheit hat durch die Corona-Pandemie oder im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg, globalen Inflationstendenzen und dem Klimawandel weiter an Prominenz gewonnen. Auch deshalb wurde der im vergangenen Jahr vom Amt für Statistik veröffentlichte dritte Armutsbericht mit Spannung erwartet. Der Armutsbericht beinhaltet dabei erstmals international vergleichbare Zahlen zu Wohlstandsverteilung und Armut in Liechtenstein.

Verteilungsdaten sind nicht nur politisch oder gesellschaftlich relevant, sondern auch ökonomisch. Ein gewisser Grad an finanzieller Ungleichheit herrscht in allen Marktwirtschaften vor. Sie ist sogar als ökonomisch förderlich anzusehen, weil sie wichtige Bildungs-, Leistungs- und Innovationsanreize setzt. Eine zu starke Ungleichheit gefährdet aber das langfristige volkswirtschaftliche Wachstum, weil die eigentlich fördernden Leistungsanreize erodieren. Eine zu hohe Ungleichheit lässt den Ertrag für Anstrengung ungewisser werden und schränkt die Chancengleichheit ein. Aus dieser Sicht dient die Umverteilung durch das Sozial- und Steuersystem nicht nur der Reduktion von Armut, sondern wirkt voranschreitender Einkommens- und Vermögenskonzentration entgegen und verbessert die Chancengleichheit.

Ein kürzlich veröffentlichter «LI Focus» des Liechtenstein-Instituts stellt die finanzielle Ungleichheit und die staatliche Umverteilung in Liechtenstein in einen internationalen Vergleich. Daraus geht hervor, dass der durchschnittliche Wohlstand in Liechtenstein sehr hoch ist. Gleichzeitig existiert nur wenig absolute Armut und die relative Armutsgefährdungsquote ist im internationalen Vergleich eher tief. Die verfügbaren Einkommen (nach Umverteilung) in Liechtenstein sind jedoch leicht ungleicher verteilt und das Ausmass der staatlichen Umverteilung ist vergleichsweise eher moderat.

Liechtensteins Wirtschaftspolitik beschränkt sich weitgehend auf die Schaffung von guten Rahmenbedingungen und verfolgt einen liberalen Ansatz mit geringen staatlichen Markteingriffen sowie tiefer Steuerbelastung einerseits und öffentlicher Ausgabendisziplin andererseits. Damit konsistent ist auch das eher geringe Ausmass sozialstaatlicher Umverteilung. So lange die Schere bei der Einkommens- und Vermögensverteilung des Marktergebnisses (vor Umverteilung) nicht zu weit auseinandergeht, kann dieser Ansatz volkswirtschaftlich gerechtfertigt werden.

Die Vermeidung einer zu gross werdenden finanziellen Ungleichheit ist auch in Gesellschaften mit hohem Wohlstandsniveau wichtig. Nicht nur aus Fairnessüberlegungen, sondern weil Chancengleichheit für eine volkswirtschaftlich dynamische und faire Gesellschaft – und damit für langfristig prosperierenden Wohlstand notwendig ist. Dies stellt eine Herausforderung dar, welche sich aufgrund der hohen Vermögensungleichheit auch in Liechtenstein weiter akzentuieren wird.



Andreas Brunhart
Ökonom am Liechtenstein-Institut